



Arguliner Piratenpartei

August 2009

Nils Droste, Hanni Wolf

Die Piratenpartei hat die politische Bühne betreten (seit 2006) und mit ihrem Abschneiden bei der Europawahl (0,9% in Deutschland, 7,1% in Schweden), ihrer Präsenz im Internet z.B. bei studiVZ (über 35.000 Anhänger bei der Wahlzentrale unter www.studivz.net/wahlzentrale) und ihren rasant steigenden Mitgliedszahlen (über 5000 Mitglieder; <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder>) erste Achtungserfolge errungen. Dies ist für Liberale besonders interessant oder auch schmerzhaft, da die Piratenpartei im Wesentlichen nur zwei Kernthemen hat: Bürgerrechte (insbesondere im Internet) und Geistiges Eigentum (Immaterialgüterrechte).

Mit diesem Arguliner wollen wir Dir helfen, Dich mit den politischen Forderungen und Argumentationen der Piratenpartei vertraut zu machen, Dich in Diskussionen ihrer Kritik zu erwehren und die Piratenpartei selbst kritisch zu durchleuchten. Denn für uns ist klar: Wer für den Schutz der Bürgerrechte ist, muss FDP wählen!

Die beste Strategie ist, die Piratenpartei gar nicht erst selbst aktiv ins Gespräch zu bringen und dadurch ihren Bekanntheitsgrad weiter zu steigern (keine gemeinsamen Aktionen oder Pressemitteilungen). Sie bekommt im Moment schon genug Öffentlichkeit und gute Presse. Das ist aber kein Grund unruhig zu werden! Bisher gibt es keine Umfrage, die die Piratenpartei auch nur in der Nähe der 5%-Hürde sieht. Also einfach cool bleiben, sie im Auge behalten und nötigenfalls argumentativ reagieren!

In diesem Arguliner werden zunächst zentrale Positionen von Piratenpartei und Julis verglichen. Dann stellen wir Euch Antwortvorschläge für Fragen und Kritik der Piraten vor, um dann selbst ein paar kritische Fragen an die Piraten zu richten.

I. Positionen der Piraten im Vergleich zu den entsprechenden JuLi-Positionen

Das Parteiprogramm der deutschen Piratenpartei findet man unter:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>

Das Bundestagswahlprogramm der Piratenpartei ist hier abrufbar:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm

Beide Programme drehen sich um die beiden Kernthemen Bürgerrechte und Geistiges Eigentum. Darüber hinaus werden noch weitere Themenbereiche angesprochen, wie Transparenz des Staates, Open Access (in Forschung und öffentlicher Verwaltung), Demokratie und Bildung.

a. Bürgerrechte

Die Piraten richten sich hier gegen den Überwachungsstaat, fordern Datenschutz, vertrauliche Kommunikation und informationelle Selbstbestimmung ein. Sie verurteilen die zunehmenden Freiheitseinschränkungen durch verstärkte Maßnahmen in der Inneren Sicherheit seit dem 11. September 2001. Konkret fordern sie ein Moratorium für neue Maßnahmen und bestehende

Überwachung zu evaluieren und abzubauen.

Diese Positionen sind nahezu identisch mit denen der JuLis.

b. Geistiges Eigentum

Die Piraten greifen hier verschiedene Punkte aus dem Urheber- und Patentrecht auf. So sind sie gegen digitale Kopierschutzmaßnahmen und fordern freies Kopieren und freie Nutzung im nicht-kommerziellen Bereich. Im kommerziellen Bereich setzen sie auf eine „faire Rückführung in den öffentlichen Raum“, was nicht weiter ausgeführt wird. Abgeleitete Werke sollen erlaubt sein, Schutzfristen nicht ausgeweitet werden. Das Patentrecht soll reformiert werden, Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software werden abgelehnt, auf Pharmazeutika zumindest kritisch gesehen.

Wir JuLis haben uns in unserem Wahlprogramm dazu nicht geäußert. Unsere Beschlusslage sieht jedoch folgendes vor (beschlossen auf dem Bundeskongress I/2007 in Kiel):

„Gerade Internet und neue Medien haben die Möglichkeiten zur Teilhabe an Politik und Gesellschaft verbessert: Noch nie war es so einfach sich so schnell und so umfassend zu informieren wie heute. Es sind hohe Geschwindigkeit, ständige Verfügbarkeit und einfache Kopierbarkeit der Informationen und Daten, die jedoch auch neue Fragen aufwerfen.

Die Jungen Liberalen sprechen sich klar für den Schutz geistigen Eigentums auch im digitalen Bereich aus. Das im Urheberrecht verankerte Recht des Verbrauchers auf eine Privatkopie erworbener Medieninhalte darf nicht angetastet werden. Vielmehr sind technische Kopierschutzmaßnahmen, die eine Vervielfältigung unterbinden sollen, im Sinne des Verbraucherschutzes abzulehnen. Transparenz, offene Schnittstellen und Datenformate sind in diesem Sinne dienlich. Die Bereitstellung und Nutzung von urheberrechtlich geschützten Inhalten in Tauschbörsen geht über das Recht der Privatkopie hinaus und ist daher bei geschützten Werken unzulässig. Strickt abzulehnen ist der rechtsstaatswidrige Auskunftsanspruch Privater gegenüber Internet-Service-Provider zur Herausgabe von Nutzerdaten.

Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung des Kopierschutzumgehungsverbotes. Eine so genannte staatliche Kulturflatrate, durch die nach Zahlung eines Pauschalbetrags alle Lizenzansprüche abgegolten wären, lehnen die Jungen Liberalen entschieden ab.“

II. Kritik an den Liberalen

a. *„Die Liberalen sind immer nur für Steuersenkungen und sonst nichts!“*

Antwort: Die FDP ist kompetent in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Jedoch ist sie auch immer schon die Partei der Bürgerrechte gewesen. Das heißt nicht, dass sie ohne Makel ist. In der Opposition hat sie sich jedoch neu aufgestellt (seit dem Leitantrag zum Thema Bürgerrechte auf dem Bundesparteitag in Köln 2005) und das Thema wieder in den Vordergrund gerückt (Kampagne Bürgerfreiheit, 2008; Bürgerrechte stehen an zweiter Stelle im FDP-Bundestagswahlprogramm). Guido Westerwelle hat daher auch bereits 2007 in Interviews klargestellt, dass die Liberalen im Falle einer Regierungsbeteiligung Bürgerrechtseinschränkungen der Großen Koalition zurück nehmen werden.

b. *„Beim Thema Bürgerrechte sind die Liberalen überhaupt nicht glaubwürdig!“*

Antwort: Das sind sie doch. Zwar gab es in der Kohl-Ära großer Fehler (Großer Lauschangriff, 1998), diese sind jedoch erkannt worden (Beschluss zur Abschaffung des Großen Lauschangriffs, 2005, erneut fast einstimmig beschlossen im Bundestagswahlprogramm 2009). Die FDP hat sich seither dem Thema angenommen und sich für den Schutz der Bürgerrechte eingesetzt. Dies zeigt sich insbesondere am Abstimmungsverhalten der Fraktion (Abgelehnt wurden

Vorratsdatenspeicherung, BKA-Gesetz und Netzsperr;
<http://www.abgeordnetenwatch.de/abstimmungen-346-0.html>). Würde es uns nur um Ämter und Posten gehen, hätte die FDP schon 2005 mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen in eine Regierungskoalition eintreten können.

c. *„Es gibt doch niemanden in der FDP, der die Bürgerrechte auch glaubwürdig vertritt!“*

Antwort: In der FDP gibt es ältere und jüngere Politiker, die für das Thema Bürgerrechte stehen. Das sind beispielsweise Burkhard Hirsch, Gerhard Baum, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Max Stadler, Gisela Piltz und Alexander Alvaro. Aber auch über diese Repräsentanten hinaus ist das Thema Bürgerrechte wieder breit in der Partei verankert: Bei der aktuellen Verfassungsbeschwerde von liberalen Politikern gegen die Vorratsdatenspeicherung ist neben den oben genannten und den JuLis z. B. auch ein Wirtschafts- und Finanzpolitiker wie Hermann Otto Solms dabei. Das zeigt, dass der Einsatz für Bürgerfreiheiten wieder aus allen Ecken der Partei vertreten wird.

d. *„Schaut mal was in den Bundesländern mit FDP-Regierungsbeteiligung alles gemacht wird!“*

Antwort: Auch in den Ländern wurde für die Bürgerrechte einiges erreicht. Man sollte aber nicht alles über einen Kamm scheren. Bei der Bundestagswahl geht es um die Bundespartei und ihre Fraktion. Die hat in Abstimmungen bewiesen, dass sie sich für die Bürgerrechte stark macht. Letztes Beispiel ist hier die Abstimmung über die Netzsperrren, hier hat die FDP – im Gegensatz auch zu den Grünen, bei denen es zahlreiche Enthaltungen gab – geschlossen gegen das Vorhaben der schwarz-roten Regierung gestimmt.

e. *„Selbst wenn die FDP für Bürgerrechte stünde, in eurer Wunschkoalition mit der Union würdet ihr doch sowieso einknicken!“*

Antwort: Die FDP hat bisher keine Koalitionsaussage beschlossen. Diese wird es erst eine Woche vor der Wahl geben. Wir werben für unser Programm. Die Bundesregierungen in Deutschland sind immer Koalitionsregierungen mit einer großen und mindestens einem weiteren kleineren Partei. Auch wenn es im Falle eines Wahlsiegs wohl auf eine Koalition mit der Union hinausläuft, kommt es darauf an, die FDP so stark wie möglich zu machen, damit sie möglichst viel von ihrem liberalen Programm umsetzen kann. Jede Stimme für die FDP ist eine Stimme für die Bürgerrechte! Denn: Den Raubbau an den Bürgerrechten hat Rot-Grün (unter Innenminister Schily) eingeleitet, die SPD hat jüngst auch den Netzsperrren zugestimmt. Es kommt also nicht auf den Koalitionspartner, sondern auf das Ergebnis der FDP an. Klar ist: Die Liberalen treten nur dann in eine Regierung ein, wenn zentrale Bürgerrechtseinschränkungen zurück genommen werden.

f. *„Beim Thema Filesharing und Raubkopien erkennt die FDP die Realität!“*

Antwort: Nur weil etwas häufig praktiziert und schwer zu verfolgen ist, ist es nicht gleich in Ordnung. Der Großteil der Autofahrer hält sich nicht ans Tempolimit. Trotzdem würde niemand fordern, dass es keins mehr geben soll! Geistigen Eigentum und reales Eigentum sind für uns Ausdruck der menschlichen Individualität und Schaffenskraft und dürfen nicht grundlos vergemeinschaftet werden.

g. *„Bei der FDP sind doch auch nur ‚Internet-Ausdrucker‘!“*

Antwort: Die FDP ist eine moderne Partei, die schon früh die Chancen des Internets für die Politik erkannt hat (Online-Beteiligung am Wahlprogramm, YouTube-Channel der Fraktion). Für die JuLiS ist die Nutzung des Internets politisch und privat völlig selbstverständlich. Wir wissen worüber wir reden!

III. Kritik an der Piratenpartei

a. *Die Piratenpartei hat den Charme der Außerparlamentarischen Opposition (APO), aber auch ihr Durchsetzungsvermögen!*

Wenn etwas Neues auf den Markt kommt, ist es meistens interessant. Im politischen Raum besonders dann, wenn es gegen den „Mainstream“ oder das „Establishment“ gerichtet ist. Die Piratenpartei bedienen sich dieser Mechanik, genau wie es die Grünen nach ihrer Gründung 1980 getan haben. Wer nicht „drin“ ist, kann natürlich ordentlich Kritik austeilen, kann aber eben auch nichts durchsetzen. Selbst 134.014 Unterzeichner der Online-Petition gegen die Internetsperre haben die Große Koalition nicht gestört. Etwas ändern kann nur der, der erfahren und vor allem in der Regierung ist!

b. *Die Piratenpartei ist gerade ,in'!*

Die Piratenpartei ist zwar eine Partei, aber sie ist vor allem auch eine Protestbewegung. Junge Leute, die mit dem Internet aufgewachsen sind, fühlen sich nicht ernst genommen und unverstanden. Es geht nicht unbedingt um Politik, es geht darum, den „Alten“ und „Internet-Ausdruckern“ eins auszuwischen.

c. *Warum Piratenpartei, wenn ich Bürgerrechte plus ein durchdachtes, freiheitliches Programm für alle anderen Politikfelder von der FDP bekommen kann?*

Ja, das fragen wir uns auch. Jede Stimme für die Piratenpartei ist eine verschenkte Stimme.

d. *Die Piraten Partei hat mit Bürgerrechte, Geistiges Eigentum und ein bisschen Bildung gerade mal 2 ½ Themen!*

Zuerst wollte die Piratenpartei ihre Anliegen nicht verwässern, jetzt überlegt sie doch weitere Programmatik zu entwickeln. Und wenn sie in die Regierung kommen würden, würden sie nach eigener Aussage abgesehen von den 2 ½ Themen die Positionen der anderen übernehmen (<http://www.youtube.com/watch?v=-8QHicuTBV0&feature=related>). Damit kann man wohl kaum die drängenden Probleme in Deutschland lösen (Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise, etc.).

e. *Die Piratenpartei würde nach eigener Aussage mit allen Parteien koalieren!*

Der FDP vorhalten, sie würde mit der Union koalieren wollen und dann ihr gegenüber auf jeden Fall bei den Bürgerrechten einknicken, aber selbst keine Option für eine Regierungsbeteiligung ausschließen wollen (<http://www.youtube.com/watch?v=bKY32TtjMH0&feature=related>). Auch nicht mit der Union. Ein wenig inkonsequent, oder?

f. *Die Piratenpartei will das Urheberrecht faktisch abschaffen und Spezialwissen enteignen!*

Die Piratenpartei schießt mir Ihrer Position über das Ziel hinaus. Sie will das Urheberrecht im

nicht-kommerziellen Bereich faktisch abschaffen und im kommerziellen Bereich vergesellschaften. Dies kommt einer Enteignung gleich. Der Urheber kann dann nicht mehr frei über seine Schöpfung verfügen, er muss sich bevormunden lassen. Der Anreiz etwas zu erschaffen und damit auch für Innovationen und Wirtschaftswachstum zu sorgen, geht verloren.

g. Die Piratenpartei verkauft eine Emnid-Umfrage zu ihren Gunsten, um den Anschein zu erwecken, sie wäre schon fast im Deutschen Bundestag!

Die Piratenpartei behauptet, bei einer Umfrage 6% bekommen zu haben, obwohl sie 58% der Menschen noch gar nicht kennen. Richtig ist, dass es eine seriöse Umfrage von Emnid war, jedoch wurde nicht nach der Wahlentscheidung gefragt („Sonntagsfrage“), sondern ob man sich vorstellen könne, die Piratenpartei zu wählen. Bei solchen Potential-Umfragen bekommt die FDP 20-40%. Es bleibt also dabei: Wer seine Stimme für die Bürgerrechte abgeben will, muss FDP wählen damit seine Stimme nicht verschenkt ist!